

Jahrbuch der
Heinrich-Heine-Universität
Düsseldorf

Heinrich Heine
HEINRICH HEINE
UNIVERSITÄT
DÜSSELDORF

2006/2007

Heinrich Heine

**Jahrbuch der
Heinrich-Heine-Universität
Düsseldorf
2006/2007**

**Jahrbuch der
Heinrich-Heine-Universität
Düsseldorf
2006/2007**

**Herausgegeben vom Rektor
der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf
Univ.-Prof. Dr. Dr. Alfons Labisch**

**Konzeption und Redaktion:
Univ.-Prof. em. Dr. Hans Süßmuth**

© Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf 2007
Einbandgestaltung: Wiedemeier & Martin, Düsseldorf
Titelbild: Schloss Mickeln, Tagungszentrum der Universität
Redaktionsassistentz: Georg Stüttgen
Beratung: Friedrich-K. Unterweg
Satz: Friedhelm Sowa, L^AT_EX
Herstellung: WAZ-Druck GmbH & Co. KG, Duisburg
Gesetzt aus der Adobe Times
ISBN 3-9808514-5-1

Inhalt

Vorwort des Rektors	11
Gedenken	17
Rektorat	19
ANNIKA MORCHNER, RAIMUND SCHIRMEISTER und ALFONS LABISCH (Rektor) Der Corporate-Identity-Prozess an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf	21
ULF PALLME KÖNIG (Kanzler) Grundsätzliche Überlegungen zu Perspektiven der Zentralen Universitäts- verwaltung der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf im Zuge des Hoch- schulfreiheitsgesetzes	29
Medizinische Fakultät	
<i>Dekanat</i>	53
<i>Neu berufene Professorinnen und Professoren</i>	55
BERND NÜRNBERG (Dekan) Chancen und Herausforderungen einer sich wandelnden Hochschulmedizin	63
ANTONIA M. JOUSSEN Wieder lesen können? Möglichkeiten und Grenzen in der Therapie der altersbedingten Makuladegeneration	69
MICHAEL SCHÄDEL-HÖPFNER und JOACHIM WINDOLF Handchirurgie – Ein neues Fachgebiet am Universitätsklinikum Düsseldorf	83
UTE SPIEKERKÖTTER und ERTAN MAYATEPEK Angeborene Störungen der Fettsäureoxidation – Erfolge des Neugeborenen Screenings, Mausmodelle und Pathogenese	93
RÜDIGER E. SCHARF, ANDREA GERHARDT, VOLKER R. STOLDT und RAINER B. ZOTZ Klinische und experimentelle Thromboseforschung – Genetische Deter- minanten, molekulare Mechanismen und therapeutische Strategien bei thrombotischen Komplikationen	105

STEPHAN ROTH, HANS GEORG BENDER, WILFRIED BUDACH, PETER FEINDT, HELMUT ERICH GABBERT, RAINER HAAS, DIETER HÄUSINGER, WOLFRAM TRUDO KNOEFEL, CAROLIN NESTLE-KRÄMLING, HANS-JAKOB STEIGER, JÖRG SCHIPPER und KLAUS-WERNER SCHULTE	
Aktuelle Entwicklungen der interdisziplinären Krebstherapie	127
NORBERT GATTERMANN	
Eröffnung der Universitätstumorambulanz	155
Mathematisch-Naturwissenschaftliche Fakultät	
<i>Dekanat</i>	163
<i>Neu berufene Professorinnen und Professoren</i>	165
PETER WESTHOFF (Dekan)	
Die Mathematisch-Naturwissenschaftliche Fakultät und die Herausforderungen der Zukunft	179
DETLEV RIESNER	
Infektiöse Moleküle: Viroide und Prionen	183
GEORG GROTH	
Strukturbestimmung von Proteinen als Schlüssel zum molekularen Mechanismus	215
THOMAS J. J. MÜLLER	
Multikomponenten- und Dominoreaktionen in der diversitätsorientierten Organischen Synthese	227
BETTINA M. PAUSE	
Emotionale Kommunikation mittels chemischer Signale	245
Philosophische Fakultät	
<i>Dekanat</i>	255
<i>Neu berufene Professorinnen und Professoren</i>	257
ULRICH VON ALEMANN (Dekan)	
Die Zukunft der Düsseldorfer Geistes- und Sozialwissenschaften: Zwischen Humboldt und Henkel, Heine und Heute	261
DIETRICH BUSSE	
Sprache – Kognition – Kultur	
Der Beitrag einer linguistischen Epistemologie zur Kognitions- und Kulturwissenschaft	267
PETER MATUSSEK	
Stille Blicke. Zur Naturlyrik des ‚vorkritischen‘ Goethe	281

GERHARD VOWE	
Mediatisierung? Mediendemokratie? Mediokratie?	
Ein theoretischer Ansatz auf dem Prüfstand	295
PETER H. HARTMANN und INGA HÖHNE	
Freizeitmuster und soziale Strukturen in Düsseldorf –	
Ein Weg zur Bestimmung neuer Zielgruppen.....	311
RALPH WEISS	
Nach dem „Deutschen Sommermärchen“ zurück im alltäglichen Politik-	
verdruss – Wie Medien politische Stimmungslagen beeinflussen und von	
welchen Kontexten der Medieneinfluss abhängt	333
Gastbeitrag	
ULRICH VON ALEMANN	
Vorwort zum Gastbeitrag von Lothar Schröder	349
LOTHAR SCHRÖDER	
Heinrich Heine: „Die Pragueise“ (1824) oder:	
Rekonstruktion eines spektakulären Handschriftenfonds	351
Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät	
<i>Dekanat</i>	361
<i>Neu berufene Professorinnen und Professoren</i>	363
CHRISTOPH J. BÖRNER (Dekan)	
Strategische Positionierung und Profilierung von Universitäten	
und Fakultäten aus betriebswirtschaftlicher Sicht	365
H. JÖRG THIEME	
Soziale Marktwirtschaft – Denkfehler oder Gestaltungsdefekte?	381
GUIDO FÖRSTER	
Steuerliche Probleme bei der Abfindung von Pensionszusagen an	
Gesellschafter-Geschäftsführer einer GmbH	391
Juristische Fakultät	
<i>Dekanat</i>	407
<i>Neu berufene Professorinnen und Professoren</i>	409
JOHANNES DIETLEIN (Dekan)	
Die Düsseldorf Law School – Innovation im Zeichen des Hochschulfrei-	
heitsgesetzes	413
DIRK OLZEN	
Das Dr. med. Micheline Radzyner-Institut für Rechtsfragen der Medizin....	419

KARSTEN ALTENHAIN und MICHAEL HAIMERL Die Praxis der Urteilsabsprachen in Wirtschaftsstrafverfahren – Ergebnisse eines drittmittelfinanzierten juristischen Forschungsprojekts	421
DIRK LOOSCHELDERS und LOTHAR MICHAEL Zur Gründung eines Instituts für Versicherungsrecht	437
JOHANNES DIETLEIN Interessenkonflikte bei der Besetzung von Sparkassengremien	443
Gesellschaft von Freunden und Förderern der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf e.V.	
OTHMAR KALTHOFF Jahresbericht 2006	469
Forscherverbünde der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf	
ANDREA VON HÜLSEN-ESCH, MONIKA GOMILLE, HENRIETTE HERWIG, CHRISTOPH AUF DER HORST, HANS-GEORG POTT, JOHANNES SIEGRIST und JÖRG VÖGELE Kulturelle Variationen und Repräsentationen des Alter(n)s	473
Nachwuchsforschergruppen an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf	
ANNETTE M. SCHMIDT Magnetoaktive weiche Materie – Von der Kombination magnetischer Zwerge mit flexiblen Kettenmolekülen	491
Institute an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf	
<i>Das Düsseldorfer Institut für Außen- und Sicherheitspolitik</i>	
RALPH ALEXANDER LORZ und RAINER WINKLER Das Düsseldorfer Institut für Außen- und Sicherheitspolitik – Ein unabhängiges interdisziplinäres Forum an der Heinrich-Heine-Universität	505
<i>Institut „Moderne im Rheinland“</i>	
GERTRUDE CEPL-KAUFMANN Der „Arbeitskreis zur Erforschung der Moderne im Rheinland“ als An-Institut an der Heinrich-Heine-Universität	515
Kooperationen der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf	
<i>Konfuzius-Institut Düsseldorf</i>	
PETER HACHENBERG und LI XUETAO Das Konfuzius-Institut Düsseldorf an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf e.V. – Gründung, Programm und Perspektiven	533

Ausgründungen aus der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf

KARL-ERICH JAEGER, WERNER HUMMEL und THORSTEN EGGERT evocatal GmbH – Eine neue Biotech-Firma aus der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf	545
--	-----

Zentrale Einrichtungen der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf

Universitäts- und Landesbibliothek

IRMGARD SIEBERT Die Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf als Teil der Landesbibliotheksstruktur in Nordrhein-Westfalen	555
---	-----

Zentrum für Informations- und Medientechnologie

STEPHAN OLBRICH und SEBASTIAN MANTEN Hochleistungsrechnen und parallele Programmierung: Service für sowie Gegenstand von Forschung und Lehre	575
--	-----

Geschichte der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf

MAX PLASSMANN <i>Public Private Partnership</i> in der Nachkriegszeit – Das Rheinisch-Westfälische Institut für Übermikroskopie und die Medizinische Akademie Düsseldorf	593
---	-----

Forum Kunst

ANDREA VON HÜLSEN-ESCH Zum Sterben schön! Alter, Totentanz und Sterbekunst von 1500 bis heute – Eine Ausstellungsreihe in Nordrhein-Westfalen von September 2006 bis April 2007	605
--	-----

Chronik der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf

ROLF WILLHARDT Chronik 2006/2007	635
---	-----

Campus-Orientierungsplan	653
---------------------------------------	-----

Daten und Abbildungen aus dem Zahlenspiegel der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf	659
--	-----

Autorinnen und Autoren	673
-------------------------------------	-----

H. JÖRG THIEME

Soziale Marktwirtschaft – Denkfehler oder Gestaltungsdefekte?¹

Zum Hintergrund der Themenwahl

Abschiedsvorlesungen sind sehr eigenartige Veranstaltungen. Betroffene sind meist unsicher, was als Thema gewählt werden soll.

Häufig werden solche einstündigen Vorlesungen vor dem anschließenden Buffet genutzt, um über eigene Forschungsfelder und – wenn möglich – über Forschungsergebnisse zu sprechen. Ein solcher vergangenheitsbezogener Bericht wurde verworfen, weil Neugierige und wirklich Interessierte dies heutzutage jederzeit im Internet abrufen können.

Eine zweite, sicherlich interessante Variante der Themenwahl wäre gewesen, darüber zu sprechen, welche Forschungsziele und komplexen Erkenntnisprogramme man im Laufe der Jahrzehnte formuliert, aber nie verwirklicht hat. Ein solches Vorgehen wäre insbesondere für anwesende Kollegen vermutlich sehr erhellend und spannend, für den Betroffenen aber wahrscheinlich eher peinlich und vielleicht auch ein wenig deprimierend. Dies sollten sich Betroffene an einem solchen Tag nicht unbedingt antun.

Ein dritter, hier gewählter Weg bei der Themenauswahl besteht darin zu fragen: Was nervt und regt einen seit über 40 Jahren in liberaler Tradition forschenden und lehrenden Nationalökonom besonders auf, wenn er heute Zeitungskommentare liest, Talkshows beobachtet, öffentliche wirtschaftspolitische Diskussionen und leider auch Auseinandersetzungen im eigenen Fache verfolgt? Die Antwort war schnell gefunden: Es ist die zunächst nur aufflackernde, heute schon lodernde Kritik an der neoliberalen Konzeption und Interpretation der „Sozialen Marktwirtschaft“. Die Situation erinnert an heftige Diskussionen vor 40 Jahren, allerdings wurden sie damals auch in der Wissenschaft von Anhängern verschiedener ordnungstheoretischer und wirtschaftspolitischer Konzeptionen argumentativ auf recht hohem Niveau geführt. Heute hingegen dominieren tumbe Ideologievorwürfe, wobei offensichtlich ist, dass weder die lautstarken Diskutanten noch – und das wiegt schwerer – die Zuhörer über fundamentale Kenntnisse der ökonomischen und sozialen Wirkungszusammenhänge in einer komplexen Gesellschaft verfügen, in der sie leben.

Einige Zitate aus der Presse der vergangenen Monate verdeutlichen die Stoßrichtung dieser Kritik:

- „Auch zur notwendigen Verteidigung der sozialen Marktwirtschaft gegenüber dem arroganten Neoliberalismus müssen wir ganz deutlich Flagge zeigen.“ (Karl Kardinal Lehmann, März 2006)
- „Das Ergebnis der neoliberalen Exzesse: Die Arbeitslosigkeit ist auf Rekordhöhe.“ (Oskar Lafontaine, März 2006)

¹ Abschiedsvorlesung, gehalten am 12. Juli 2006 in Düsseldorf.

- „Der Raubtierkapitalismus in Deutschland muss beseitigt werden.“ (Oskar Lafontaine, Mai 2006)
- „Beck fordert den sozialen Markt.“ (*Frankfurter Allgemeine Zeitung* zur Antrittsrede von Kurt Beck als Parteivorsitzender der SPD, April 2006)
- „Demokratische Willensbildung muss nach Jahren der nur scheinbar objektiven Ideologie der Marktliberalen wieder Vorrang vor ökonomischen Einzelinteressen haben.“ (Sigmar Gabriel, Juni 2006)
- „Was sich heute als Neoliberalismus verkauft, ist ein Rückgriff auf Methoden des Manchester-Liberalismus im 19. Jahrhundert.“ (Günter Grass, 1999)

Die Zitate könnten beliebig fortgesetzt werden: Sie alle zeigen auf erschreckende Weise die tief verwurzelte Unkenntnis über die ordnungstheoretischen Grundlagen der „Sozialen Marktwirtschaft“. Und: Es sind keine Nationalökonominnen, die die ihnen bereitete Bühne der Öffentlichkeit wirksam nutzen.

Solche Interpretationen sowie die Qualitätsverschlechterung auch in der wissenschaftlichen Diskussion sind u.a. darin begründet, dass ordnungstheoretisches und -politisches Denken von den jüngeren, in der Öffentlichkeit als Shootingstars gehandelten Nationalökonominnen als ideologieverdächtiges Wissenschaftskonzept betrachtet wird. Stattdessen werden spieltheoretisch begründete und experimentell erprobte pragmatische Teillösungen für Einzelprobleme von Ökonomen gefordert, die Politiker umzusetzen willens und in der Lage sind. In diesem Sinne sollen sich Ökonomen „disziplinieren“, wenn Sie ernst genommen werden wollen.

Wie soll und kann dies funktionieren, wenn kein stimmiger Bauplan für das wirtschaftliche und soziale Zusammenleben in der Gesellschaft existiert, der als Leitbild für politische Entscheidungen fungiert?

Das neoliberale Konzept einer „Sozialen Marktwirtschaft“

Im neoliberalen oder – in der deutschen Ausprägung der Freiburger Schule – ordoliberalen Konzept der Sozialen Marktwirtschaft steht das Individuum im Zentrum einer freiheitlichen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung sind durch den „starken“ Staat aktiv ordnungspolitisch zu gestalten. Die Menschen sollen ihre kreativen Fähigkeiten zur Verwirklichung ihrer eigenen Interessen einsetzen können (freie Entscheidungs- und Handlungsspielräume) und dabei in einer wettbewerblichen Marktordnung zugleich den Interessen aller dienen (Wettbewerbsordnung). Natürlich ist der Mensch – wie es schon Immanuel Kant formuliert hat – „animal sociale“, braucht die Gesellschaft, ist mitteilungsfreudig, gesellig, auf andere angewiesen. Aber er ist auch und insbesondere „animal individuale“, getrieben von „Ich-, Herrsch-, Hab- und Ehrsucht“ – das habe ich bei einem meiner Lehrer, K. Paul Hensel (Assistent von Walter Eucken), frühzeitig gelernt. Das Individualinteresse prägt den Menschen, treibt ihn voran: Sichergestellt werden muss, dass die Verwirklichung von Einzelinteressen zugleich anderen nützt. Und das ist das Problem der ordnungspolitischen Rahmenbedingungen, bei deren Gestaltung eben nicht vom „Gutmenschen“ ausgegangen werden darf!

Anders als im klassischen Liberalismus oder in der Chicago-Tradition der Institutionenökonomie weist die ordoliberale Konzeption dem Staat zentrale Aufgaben zu:

- Da dauerhafte Machtpositionen (private und staatliche) am wirksamsten durch Wettbewerb (und nicht durch Verstaatlichung oder staatliche Marktkontrolle) verhindert oder bekämpft werden können, gilt es für den Staat, eine aktive Wettbewerbspolitik zu betreiben. Dies bedeutet u.a. insbesondere, Kartelle zu verhindern, wettbewerbsmindernde Unternehmenszusammenschlüsse zu vermeiden sowie national und international das Prinzip offener Märkte zu verwirklichen, also Marktein- und Marktaustrittsbarrieren weitgehend zu beseitigen.
- Wettbewerbsprozesse liefern nach aller Erfahrung sehr gute ökonomische Ergebnisse und sind deshalb die beste Basis für eine soziale Ordnungspolitik. Durch Wettbewerb initiierte Wachstumsprozesse induzieren dynamische Strukturanpassungen an veränderte Rahmenbedingungen. Hierdurch werden Arbeitsplätze in alten, überkommenen Wirtschaftszweigen vernichtet und zugleich neue Beschäftigungsmöglichkeiten in neuen Wirtschaftszweigen geschaffen. Diese Dynamik sicherte bis Anfang der 1970er Jahre in Deutschland einen hohen Beschäftigungsstand und schuf damit die besten Voraussetzungen für die Verwirklichung sozialer Ziele.
- Die gesamtwirtschaftliche Effizienz der dezentralen, wettbewerbsorientierten Prozesslenkung in einer Marktwirtschaft hängt wesentlich davon ab, ob das Spiel der relativen Preise bzw. Ertragssätze auf Güter- und Vermögenmärkten funktioniert. Nur wenn sich die relativen Preise nach Datenvariationen ändern, werden die richtigen Allokations-, Lenkungs- und Verwendungssignale in die einzelwirtschaftlichen Pläne projiziert und zügige Anpassungsprozesse initiiert.
- Die Wirtschaftspolitik des Staates sollte in der Sozialen Marktwirtschaft primär auf die Gestaltung der institutionellen, längerfristig verbindlichen Rahmenbedingungen gerichtet sein und nicht auf diskretionäre Prozesseingriffe, weil dadurch die Funktionen der relativen Preise gestört werden.

Diese (und andere) Ordnungsprinzipien sollten die Soziale Marktwirtschaft prägen, nach der „auf der Basis der Wettbewerbswirtschaft die freie Initiative mit einem gerade durch die marktwirtschaftliche Leistung gesicherten sozialen Fortschritt [...]“ zu verbinden sind.² Es ging um eine Synthese zwischen dem „Prinzip der Freiheit auf dem Markte mit dem des sozialen Ausgleichs“.³

Ist diese Synthese in der Realität gelungen? Oder bestehen Konzeptionsmängel, die in der anfänglichen Erfolgsgeschichte der Sozialen Marktwirtschaft in Westdeutschland („Wirtschaftswunderland“) bis 1970 nur durch die ordnungspolitische Standhaftigkeit von Persönlichkeiten in der Wirtschaftspolitik überdeckt wurden? Haben diese Konzeptionsmängel den Weg von der „Sozialen Marktwirtschaft“ zum „Wohlfahrtsstaat“ geebnet, wie Artur Woll es schon 1984 formuliert hat?⁴ Oder haben die „neoliberalen Marktradikalen“ den sozialen Ausgleich negiert und dem „Raubtierkapitalismus“ zum Durchbruch verholfen?

² Müller-Armack (1956: 390).

³ Müller-Armack (1956: 390).

⁴ Vgl. Woll (1984).

Konzeptionsmängel

In der Tat waren mindestens drei Leerstellen bzw. Konzeptionsmängel im ordoliberalen Konzept angelegt, die im zunehmenden Maße von Politikern durch systeminkonforme Aktivitäten ausgefüllt wurden. Alfred Schüller hat die Soziale Marktwirtschaft im vergangenen Jahr als eine „verlassene ordnungspolitische Baustelle“ bezeichnet:⁵ Wäre sie nur verlassen! Es tummeln sich viele kenntnisarme staatliche Prozessfummler, die eine Prozessintervention nach der anderen kreieren, mit rasant wachsender Geschwindigkeit umsetzen und damit die kreativen Leistungspotenziale der Individuen tagtäglich reduzieren. Dadurch entstanden erhebliche gesamtwirtschaftliche Effizienz- und Anpassungsverluste, wie die seit Jahren nahezu stagnierende Wirtschaft bei geringem Innovationspotenzial belegt.

Diese Konzeptionsmängel können mit drei Hypothesen kurz charakterisiert werden:

Instabilitätshypothese

Im Ordnungskonzept der Sozialen Marktwirtschaft wird eine aktive, auch kurzfristig operierende Geld-, Finanz- und Außenwirtschaftspolitik befürwortet, weil von der – einer Marktwirtschaft inhärenten – Instabilität des privaten Sektors ausgegangen wird.⁶ Der private Sektor verursache gesamtwirtschaftliche Instabilitäten (Konjunkturzyklen), weil sein Handeln an einzelwirtschaftlichen Interessen ausgerichtet ist, falsche Erwartungen gebildet werden und vor allem keine gesamtwirtschaftliche Prozesskoordination durch den Staat erfolgt.

Theoretische und empirische Analysen der Geld-, Finanz- und Transmissionstheorie belegen allerdings eindrucksvoll, dass der private Sektor über Stabilitätseigenschaften in doppelter Hinsicht verfügt:

- Konsum-, Investitions-, Spar- und Kassenhaltungsverhalten von privaten Haushalten und Unternehmen ändern sich keineswegs kurzfristig und abrupt ohne Grund; sie verursachen deshalb auch keine Wirtschaftszyklen.
- Der private Sektor verfügt im Gegenteil über sehr hohe Absorptionseigenschaften, exogene Schocks (Energiepreiserhöhungen, Mehrwertsteuererhöhungen, Naturkatastrophen), die auf eine Marktwirtschaft treffen, zügig im Zeitablauf abzubauen bzw. zu verarbeiten.

Jede kurzfristig operierende, diskretionäre, vom Verstetigungspostulat abweichende Geld- und Finanzpolitik, wie sie 1967 im StabGesetz ihren Niederschlag fand, erhöht geradezu die Unsicherheiten der einzelwirtschaftlichen Planungen und Entscheidungen, reduziert den Informationsgehalt der relativen Preise und mindert die Effizienz marktwirtschaftlicher Allokation.

Diese auf Keynes (und auf die Marx'sche Hypothese von der Anarchie der Märkte) zurückgehende Instabilitätsannahme war es, die auch die Vertreter der Sozialen Marktwirtschaft veranlasste, den – vermeintlich besser informierten und bei seinem Handeln an gesamtwirtschaftlichen Zielen ausgerichteten – Staat durch Prozesseingriffe in Märkte für eine Stabilisierung ökonomischer Prozesse zu nutzen.

⁵ Schüller (2005).

⁶ Vgl. Thieme (²1994) und Thieme (⁸2003).

Marktversagenshypothese

Staatliche Prozesseingriffe zur Wachstumsförderung, zur regionalen oder sektoralen Strukturanpassung und zur Beschäftigungssicherung sind dann mit dem Konzept vereinbar, wenn „Marktversagen“ vorliegt oder Marktprozesse „unerwünschte“ Ergebnisse haben. Der Mangel im ordoliberalen Konzept war im Referenzmodell der vollständigen Konkurrenz angelegt, weil die realen Märkte nicht vollkommen sind und dauerhafte Marktmacht und starre Preise tatsächlich die Effizienz marktlicher Allokation reduzieren.

In all diesen – häufig sehr schnell diagnostizierten – Fällen wurden staatliche Eingriffe in die Marktprozesse als notwendig erachtet und begründet mit den Argumenten, der Staat habe die besseren Informationen, könne schnell eingreifen und positive Effekte erreichen, weil er sich dabei am Gemeinwohl orientiere.

Alle diese Argumente gelten mittlerweile theoretisch und empirisch als widerlegt:

- Staatliche Entscheidungsträger handeln wissenanmaßend (von Hayek), weil der Staat keinen Informationsvorsprung vor den Privaten hat, die auf Märkten agieren.
- Die ökonomische Theorie des Politikerverhaltens und die Bürokratietheorie belegen zudem, dass Politiker und Bürokraten keineswegs das häufig zitierte, gleichwohl nicht definierte Gemeinwohl, sondern eigene Interessen (Stimmenmaximierung bei Wahlen, Budgetmaximierung) mit ihrem Handeln verfolgen.
- Keinesfalls sind schnelle Effekte staatlichen Handelns zu erwarten, weil jede staatliche Intervention mit erheblichen und variierenden Zeitverzögerungen (*time lags*) verknüpft ist.

Zahlreiche theoretische und empirische Analysen belegen:

Wissensanmaßende, interessenorientierte und mit erheblichen Zeitverzögerungen behaftete staatliche Interventionen in Marktprozesse begründen Staatsversagen dort, wo Fehlentwicklungen den Marktssystemen angelastet werden.

Teilbarkeitshypothese

Besonders sichtbar werden konzeptionelle Mängel dort, wo es um die Synthese von ökonomischer Effizienz und sozialem Ausgleich geht: In der Sozialen Marktwirtschaft sind Elemente der liberalen, wettbewerblichen Marktkonzeption bei der Einkommensentstehung mit interventionistischen Staatskonzeptionen bei der Einkommensverteilung und -verwendung kombiniert. Ziel war es, die am Markt entstehenden Einkommen aus Gründen des sozialen Ausgleichs umzuverteilen, oder – wie Beck es gemeint haben könnte – Märkte (auch) nach sozialen Kriterien zu gestalten. Diese Sichtweise unterstellt, dass die im Leistungswettbewerb auf Märkten vollzogene Allokation von Produktionsfaktoren und Gütern beliebig abgetrennt werden kann vom – sozialen Zielen folgenden – Distributionsprozess. Folgt man dieser Hypothese von der Teilbarkeit in ein Allokationssystem einerseits und in ein Distributionssystem andererseits, wären sozial motivierte Eingriffe in Marktprozesse legitim. Viele der damit begründeten staatlichen Umverteilungsmaßnahmen bis hin zu Zinssubventionen, die auch Müller-Armack als marktkonform bezeichnet hat, haben dauerhafte Konflikte zwischen ökonomischer Effizienz und sozialem Ausgleich begründet.

Dies hat seine Ursache in der Unteilbarkeit von Allokations- und Distributionssystemen, die in allen dynamischen Marktwirtschaften durch das Spiel der relativen Preise determiniert ist. Änderungen der relativen Preise – begründet durch technische Fortschritte, Bedarfsverschiebungen, Naturkatastrophen usw. – signalisieren vorübergehende oder dauerhafte relative Knappheitsänderungen der Faktoren oder Güter und lösen Anpassungsprozesse auf den Märkten aus. Greift der Staat in dieses Marktspiel der relativen Preise ein – und seien die Motive dafür noch so „sozial gerecht“ –, werden die Preis- und Knappheitssignale verfälscht und es entstehen notwendigerweise Fehlanpassungen und Fehlallokationen. Sie induzieren ökonomische Ineffizienzen und behindern den Prozess der Einkommensentstehung. Solche sozial motivierten Prozesseingriffe reduzieren die ökonomischen Wachstumspotenziale und unterhöheln damit gerade die Voraussetzungen für eine langfristig effiziente Sozialpolitik. Sozial motivierte Preiseingriffe haben dann höchst unsoziale Auswirkungen.

Auch solche Umverteilungsmaßnahmen des Staates, die darauf abzielen, durch wirtschaftliche Marktmacht verursachte Monopolrenten abzubauen, sind wissensanmaßend, weil *ex ante* nicht bestimmbar ist, wann eine im Wettbewerb entstandene transitorische Monopolposition auf Machtausübung beruht oder zur Risikoabgeltung vorstoßender dynamischer Unternehmer notwendig ist.

Die Unteilbarkeit von Allokations- und Distributionssystem begründet schließlich auch, weshalb Soziale Marktwirtschaft kein dritter Weg zwischen „administrativem Sozialismus“ (DDR) und „Kapitalismus“, sondern eine spezifische, offensichtlich nur sehr schwer umzusetzende Variante einer wettbewerblich geordneten und sozialen Zielen verpflichteten Marktwirtschaft ist.

Defekte sozial motivierter Prozesseingriffe

Abschließend sollen einige Fallbeispiele zeigen, wie sozialpolitisch motivierte Interventionen in Marktprozesse ökonomische Fehlanpassungen bewirken, die längerfristig unsoziale Auswirkungen haben. Diese Beispiele sind ziemlich willkürlich ausgewählt; es gibt viel mehr, die auf eine systematische Analyse wirtschafts- und sozialpolitischer Erfolgskontrolle warten.

- Ein – leider – dankenswertes Feld für solche Beispiele sind die Arbeitsmärkte, wobei der Staat allerdings einen wichtigen Teil des Gestaltungsrechts, nämlich die Tarifautonomie, auf das bilaterale Kartell der Gewerkschaften und Unternehmensverbände delegiert hat. Beide Marktseiten standen den staatlichen Interventionisten in nichts nach: Der systematische Anstieg der Arbeitslosigkeit seit Mitte der 70er Jahre des vergangenen Jahrhunderts in Deutschland ist mitnichten Ergebnis neoliberaler Wirtschaftspolitik, sondern – neben falscher Steuerpolitik des Staates – insbesondere zurückzuführen auf so genannte Tarifvereinbarungen der Arbeitsmarktpartner. Deutlich wird dies an den in Tarifverträgen vereinbarten Sockelbeiträgen für die unteren Lohngruppen. Mit sozialer Gerechtigkeit begründet, sollte einfache Arbeit höhere Lohnzuschläge erhalten. Diese wohlklingende Strategie des Preiseingriffs hat die Arbeitskosten für einfache Arbeit überproportional erhöht, über den Produktivitätsfortschritt hinaus. Einfache Arbeit ist leicht substituierbar durch Kapital (Beispiel: Kontoauszugsdrucker und Geldautomaten in Banken) und kann zudem gut ins Ausland verlagert werden.

Diese – über Jahre hinweg betriebene – Strategie hat die Arbeitslosigkeit bei weniger Qualifizierten überproportional und systematisch ansteigen lassen. Sozial motivierte Preiseingriffe haben insofern sehr unsoziale Konsequenzen.

Ähnlich könnten Kündigungsschutzrechte oder die jahrzehntelang praktizierten Strategien der Arbeitszeitverkürzungen (bei vollem Lohnausgleich) sowie Frühverrentungen auf ihre sehr unsozialen Effekte hin analysiert werden, was aus Zeitgründen nicht möglich ist.

Immerhin geht die neuerliche politische Diskussion über staatliche Mindestlöhne in die gleiche Richtung – als hätten wir nicht bereits soziale Absicherungen, und zwar nicht erst seit den diversen Hartz-Reformen in unserer Gesellschaft. Alle Erstsemester in Düsseldorf jedenfalls haben bereits gelernt, dass jeder Mindestpreis notwendigerweise über dem gleichgewichtigen Marktpreis liegt und damit immer ein Angebotsüberhang entsteht, im Falle des Arbeitsmarktes also unfreiwillige Arbeitslosigkeit, weil die Nachfrage zu dem – überhöhten – Preis geringer als das Angebot ist. Wenn diese Mindestlöhne gedacht sind zur Abwehr von Niedriglohnangeboten aus dem (östlichen) Ausland, dann wirken sie wie Schutzzölle auf dem Arbeitsmarkt, was nicht mit den Grundfreiheiten in Europa vereinbar ist.

- Staatlich verordnete Mindestpreise kennen wir seit Jahrzehnten aus verschiedenen Wirtschaftszweigen, und insbesondere aus der Landwirtschaft. Auch dort wurden und werden sie eingesetzt, um soziale Einkommenssicherung zu betreiben. Um die Preise über den Gleichgewichtspreisen zu halten, mussten staatliche Einfuhr- und Vorratsstellen gegründet werden, die die jeweiligen Überangebote (Butterberge, Apfelsinenberge usw.) am Markt aufkaufen, zu hohen Kosten lagern und anschließend nicht selten vernichten mussten. Zinssubventionen für landwirtschaftliche Investitionsgüter haben deren Preise wegen steigender Nachfrage erhöht und damit letztlich nicht den Landwirten, sondern der Investitionsgüterindustrie genutzt. Welche Effekte hatten diese sozial motivierten Preiseingriffe im wettbewerblichen Ausnahmebereich Landwirtschaft?
 - Die Preiseingriffe mit jährlichen Milliardenbeträgen haben massive Fehlallokationen begründet. Die kapital- und düngemittelintensive Produktion hat die Erträge massiv erhöht und zugleich die Umwelt belastet.
 - Die Anpassungsprozesse im Agrarsektor wurden nicht verhindert, aber erheblich verzögert (Anteil des Primärsektors am Bruttoinlandsprodukt von ca. zehn Prozent 1960 auf ca. 1,5 Prozent in 2005 reduziert). Die Art der Preisinterventionen hat nicht unerheblich Konzentrationsprozesse im Agrarsektor gefördert.

Steuergutschriften (bzw. Negativsteuern) oder Schattenpreise für Umweltgüter hätten die sozialen Ziele einer Einkommenssicherung ohne negative Allokationseffekte viel besser gelöst.

- Ein besonders krasser Fall sozial begründeter Interventionen ist die Finanzierung der gesamten Hochschulbildung. Hochschulbildung wurde bislang als öffentliches Gut behandelt und über Steuern finanziert, obwohl Kosten und Erträge individuell zurechenbar sind. Die Aufnahme eines Studiums ist eine Investition in das individuelle Fähigkeitspotenzial, also in individuelles Humanvermögen. Existiert kein Preis, findet kein Auswahlprozess der Nachfrage statt und auch kein Anbieterwettbewerb. Sind

wiederum aus sozialen Gründen zahlreiche Zusatzleistungen für Studierende subventioniert (Mensa-Essen, öffentliche Verkehrsmittel, Versicherungsleistungen, Theaterkarten usw.), werden sich viele aus einzelwirtschaftlichen Vorteilen immatrikulieren, ohne je das Bildungsangebot in Anspruch nehmen zu wollen. Dies wurde sehr deutlich an der dramatischen Reduktion der offiziellen Studierendenzahlen nach Einführung von Semesterbeiträgen in Höhe von 650 € für so genannte Langzeitstudierende ohne Examen: Alle betroffenen Universitäten – auch die Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf – haben in einem Jahr mehr als ein Viertel der immatrikulierten Studierenden verloren, weil die Vorteile der Immatrikulation durch die Beiträge überkompensiert wurden.

Sind mit diesen massiven Preisinterventionen die sozialen Ziele verwirklicht worden? Mit Sicherheit nicht, wobei das Ausmaß verdeckter Umverteilungen zugunsten der Bezieher höherer Einkommen und Vermögen quantitativ nicht exakt erfasst werden kann, weil unklar ist, welche Gruppen von Steuerzahlern besonders bei der Bildungsfinanzierung herangezogen werden. Immerhin lässt sich empirisch belegen, dass der Anteil von Studierenden aus den niedrigen Einkommenschichten nicht gestiegen, sondern zwischen 1982 und 2003 von 23 Prozent auf ca. zwölf Prozent sogar gesunken ist. Auch hier gilt: Die ab 2007 fälligen so genannten Studienbeiträge in Höhe von 500 € pro Semester, die keineswegs einen korrekten Investitionspreis repräsentieren, können durch Vergabe von Leistungsstipendien bzw. Studienkrediten mit langfristigen Rückzahlungsmodalitäten durchaus sozial gestaltet werden.

- Mietsubventionen, preisreduzierte Konzert- und Theaterkarten oder Schwimmbadbesuche sowie Inanspruchnahme von subventionierten Verkehrsleistungen sind weitere bekannte Beispiele für Gestaltungsdefekte der staatlichen Prozesseingriffe. Auch in diesen Fällen würde eine systematische empirische Analyse belegen, dass überproportional viele faktisch Begünstigte keineswegs förderungswürdige Sozialfälle sind.

Fazit

- Die neoliberale (oder ordoliberalen) Konzeption einer Marktwirtschaft erfordert einen starken Staat, dessen Stärke aber *nicht* an der Höhe der Steuereinnahmen oder Staatsausgaben bzw. der Staatsquote zu messen ist, sondern vielmehr daran, dass er
 - konsequent wettbewerbliche Ordnungsbedingungen durchsetzt und dauerhafte Marktmacht wirksam bekämpft;
 - so wenig wie möglich direkt in die Preis-Mengen-Beziehungen von Marktprozessen eingreift und das „Spiel“ der relativen Preise stört;
 - soziale Ziele nicht über Marktpreise, sondern durch direkte Transfers verwirklicht.
- Im Konzept der „Sozialen Marktwirtschaft“ bestehen „Leerstellen“. Sie können durch systematische Regeln ordnungspolitisch reduziert oder behoben werden. Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten in Deutschland beruhen jedenfalls nicht auf dem neoliberalen Ordnungskonzept, sondern auf massiven Defekten jener Wirtschaftspolitik, die mit sozialen Begründungen direkt in Marktprozesse eingreift.
- Es sind nicht Besserwisserei oder soziale Arroganz, die das ordoliberalen Gestaltungskonzept einer freien Gesellschaft prägen. Es ist vielmehr das Wissen darüber, zu wenig

zu wissen über die Detailwirkungen von Markteingriffen. Deshalb müssen Interventionen in vorzüglich funktionierende, aber sehr komplizierte Wettbewerbsprozesse unterbleiben. Nationalökonomien sind – wie andere Wissenschaftler auch – recht gut bei Mustervorhersagen, aber schlecht bei Detailprognosen. Deswegen wirft Friedrich August von Hayek jenen Politikern und den sie beratenden Wissenschaftlern, die Preis-Mengen-Interventionen auf einzelnen Märkten praktizieren und propagieren, „Anmaßung von Wissen“ vor.

- Auch und insbesondere die Studierenden unter den Zuhörern sollten aus Eigeninteresse streitbar mit der wettbewerblichen Marktwirtschaft umgehen. Deren Funktionieren ist Voraussetzung dafür, individuelle Freiheit und soziale Ziele in der Zukunft zu verwirklichen. Deshalb sollte jedem misstraut werden, der Preiseingriffe in Marktprozesse mit „sozialer Gerechtigkeit“ begründet.

Literatur

- MÜLLER-ARMACK, Alfred (1956). „Soziale Marktwirtschaft“, in: Erwin VON BECKERATH (Hrsg.), *Handwörterbuch der Sozialwissenschaften*. Bd. 9. Stuttgart, 390–392.
- SCHÜLLER, Alfred (2005). „Soziale Marktwirtschaft als ordnungspolitische Baustelle. Die Verbindung von ‚Freiburger Imperativ‘ und ‚Keynesianische Botschaft‘ – ein nationalökonomischer Irrweg“, *ORDO* 56, 1–75.
- THIEME, H. Jörg (²1994). *Soziale Marktwirtschaft. Ordnungskonzeptionen und wirtschaftspolitische Gestaltung*. München.
- THIEME, H. Jörg (⁸2003). „Wirtschaftssysteme“, in: Dieter BENDER *et al.* *Vahlens Kompendium der Wirtschaftstheorie und Wirtschaftspolitik*. Bd. 1. München, 1–52.
- WOLL, Artur (1984). *Wirtschaftspolitik*. München. (2. Auflage 1992)

